

Die Regierung ist mit verantwortlich

Seit Jahren warnen ATTAC, Gewerkschaften, linke Ökonomen und auch die Partei DIE LINKE vor den Risiken der liberalisierten Finanzmärkte. Alle Warnungen wurden bislang in den Wind geschlagen! Die SPD-Grüne Regierung und die Große Koalition haben alles getan, um die riskanten Finanzgeschäfte und die Spekulation zu befördern.

Der SPD-Finanzminister Eichel stellte den Verkauf von Beteiligungen völlig steuerfrei. Dadurch wurde den Investmentfirmen Tür und Tor für Spekulationen geöffnet.

Unter dem heutigen Finanzminister Steinbrück wurden sowohl die rechtliche Grundlage für die Hedgefonds geschaffen als auch die Verbriefung von Krediten zu Wertpapieren (Derivate) gefördert und steuerlich begünstigt.

Damit war das Casino Deutschland erst richtig in Schwung. Betroffen davon sind alle Bürger/Innen, die Arbeitnehmer/Innen, die Rentner/Innen und die Empfänger/Innen sozialer Leistungen, die seit Rot/Grün mit fallenden Löhnen, fallenden Renten und sinkenden sozialen Leistungen bezahlen müssen.

Von dieser Verantwortung können sich die Politiker, die den freien Märkten und der Deregulierung das Wort geredet haben, nicht freisprechen!

So erreichen Sie uns!

DIE LINKE. LV Baden-Württemberg
Marienstraße 3A
70178 Stuttgart
Tel: 07 11 / 24 10 45
Fax: 07 11 / 24 10 46
Mail: info@die-linke-bw.de
Internet: www.die-linke-bw.de

DIE LINKE.
BADEN-WÜRTTEMBERG

DIE LINKE erkennt die Notwendigkeit an, die Krise in ihrer Wucht zu begrenzen.

Die Ursachen der jetzigen Finanzmarktkrise sind nicht in erster Linie Fehlleistungen oder die Gier einiger Bankmanager, sondern der politisch gewollte Ausbau eines Systems, aus dem sich bis zum Zusammenbruch eine kleine, aber mächtige Elite unermesslich bereichern konnte. Diese kleine mächtige Elite aus Politik und Wirtschaft will jetzt den entstandenen Schaden der Allgemeinheit aufbürden.

Die Parteien der Großen Koalition und auch PolitikerInnen der Grünen und der FDP versuchen ihren eigenen Anteil an der Krise zu verschleiern und hauptsächlich die USA und gierige Bankmanager dafür verantwortlich zu machen.

Wer jedoch seine Verantwortung für die Vergangenheit leugnet, kann auch keine glaubwürdigen Lösungen für die Zukunft vorweisen. Anstatt Banken mit staatlichen Steuermilliarden ein "Weiterso" zu ermöglichen, fordert DIE LINKE:

Diejenigen, die von der Finanzspekulation profitiert haben, müssen jetzt zur Kasse und zur Verantwortung gezogen werden.

Banken, für die der Staat einspringt, müssen unter öffentliche Kontrolle gestellt - also verstaatlicht werden.

Die Regulierung und öffentliche Kontrolle des Finanzsystems muss sofort erfolgen. Riskante Spekulationsgeschäfte müssen verboten, Kapitalverkehrskontrollen eingeführt werden.

Alle Anträge der Partei DIE LINKE auf Regulierung, Einführung einer Börsenumsatzsteuer, Managerhaftung, usw. wurden von der Regierung bisher lächelnd ignoriert und abgelehnt. Jetzt haben sie Einlass zumindest in die Rhetorik der Regierung gefunden. Die Bevölkerung erwartet aber neben der Rhetorik jetzt auch Taten!

Kollaps der Finanzmärkte

Bezahlen wir die Zeche für den finanzgesteuerten Kapitalismus zweimal?

DIE LINKE.
BADEN-WÜRTTEMBERG



Wir erleben gerade die größte Krise des kapitalistischen Weltfinanzsystems in der Nachkriegsgeschichte. Jeden Tag lesen wir neue Hiobsbotschaften. Die Bundesregierung startet einen verzweifelten Versuch, den Kapitalismus zu retten, statt in die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft zu investieren. **DIE LINKE kritisiert die Politik der Regierung und präsentiert eigene Vorschläge.**

500.000.000.000 Euro: Vom großen und kleinen Geld

Dieselbe Regierung, die bisher behauptete, dass wir keine 300 Millionen Euro für die Anpassung des Arbeitslosengeldes II an die Inflationsrate übrig hätten, spannt einen sog. Schutzschirm von 500 Mrd. Euro über Banken, weil die sich verzockt haben.

Alle elementaren Forderungen für mehr soziale Gerechtigkeit wurden bisher mit dem Argument abgelehnt, die Kassen seien leer, man wolle die kommenden Generationen nicht belasten. Stattdessen erleben wir jetzt, dass der Staat für den Schutz der Reichen mit über tausend mal höheren Beträgen aufkommt als für die Bedürftigen.

Die kommenden Generationen, die man angeblich mit Schulden nicht belasten wollte, werden nun zahlen für unzureichende öffentliche Dienstleistungen, mangelhafte Infrastruktur, ein sozial fragmentiertes Gesundheitswesen, Altersarmut, schlechte Bildungseinrichtungen, fehlende Arbeitsplätze und hohe ökologische Belastungen.

Größte Umverteilung in der Nachkriegsgeschichte

Die aktuelle Finanzkrise ist eine Folge der falschen Politik der Regierungen unter Rot/Grün und der Großen Koalition, welche Deregulierung, Flexibilisierung und Privatisierung bei gleichzeitigem Abbau der Staatsquote zu ihrem Regierungsziel erklärten. Diese neoliberale Politik ist unter anderem durch eine intensive Verteilungspolitik von unten nach oben gekennzeichnet, wobei sich der Staat gleichzeitig aus der Verantwortung für die Folgen dieser Politik zurückzieht. Sie ist undemokratisch, weil sie nicht die Interessen der Mehrheit, sondern einer kleinen Minderheit durchsetzt.

Was in der aktuellen Diskussion nicht erwähnt wird, ist die Frage, woher das viele Geld kommt, was zur Blase auf den internationalen Finanzmärkten an-

wachsen konnte und was jetzt in Billionenhöhe verbrannt wird. Ein großer Teil davon stammt aus der Umverteilung zu Gunsten der Kapitalvermögen. Extrem hohe Gewinne durch Arbeitsplatzabbau, Steuerentlastung und Millionenerbschaften landeten eher auf dem Kapitalmarkt, weil man sich dort höhere Profitraten erhoffte, als dass sie in der Realwirtschaft investiert wurden. Weitere Milliarden kommen aus dem privatisierten Bereich der Sozialsysteme.

Banken und Investmentgesellschaften schufen dafür immer neue Finanzprodukte, um dem Drang nach Kapitalrenditen von bis zu 25 % nachzukommen. Kreditfinanzierte Spekulation mit unvorstellbar großen Summen und Risiken und außerbilanzielle Geschäfte (Derivate) erhöhten den Geldumlauf um das 30fache dessen, was durch reale Wirtschaftstätigkeit erzielt werden konnte.

Die hohen Renditen übten zugleich gewaltigen Druck auf die produktiven Bereiche aus. Dort wollte man ähnlich hohe Profite erzielen.

Finanzkrise kann leicht zur Weltwirtschaftskrise werden

Rationalisierungsdruck, Arbeitsplatzabbau, Zerschlagung von Konzernen und Ausgliederung waren und sind die andere Seite der gleichen Medaille des finanzgesteuerten Kapitalismus.

Die Finanzkrise wird die ohnehin bereits begonnene Krise in der Realwirtschaft erheblich verschärfen. Der Export wird aufgrund der Kaufkraftverluste in den USA und den am Abschwung beteiligten EU-Staaten deutlich zurückgehen. Der Binnenmarkt wird das nicht auffangen können, weil in Deutschland über Jahre der Reallohn gesunken und die Menschen kein Geld zum konsumieren übrig haben.

Das Hilfsprogramm der Regierung muss in vielfacher Hinsicht von der Mehrheit der Bevölkerung bezahlt werden. Dieses Geld fehlt an anderer Stelle: Bei der Finanzierung der Renten, des Gesundheitssystems,

bei der Bildung, Kindertagesstätten und anderen wichtigen sozialen Aufgaben. Erste Städte und Gemeinden, die sich trotz aller Warnungen an Cross Border Leasing Geschäften beteiligt haben, können zusätzlich Millionen verlieren.

In dieser Situation drängen schon die ersten Stimmen von Wirtschaftslobbyisten nach Zurückhaltung in den Lohntarifrunden an die Öffentlichkeit. Neue Sparrunden im sozialen Bereich und die weitere Privatisierung von Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge stehen mit Hinweis auf leere Staatskassen bevor.

Genau das wäre völlig falsch. Eine Politik weiter sinkender Reallöhne, Ausdehnung des Niedriglohnbereiches oder eine Sparpolitik zu Lasten der Beschäftigten, der Erwerbslosen, der RentnerInnen oder des öffentlichen Dienstes, wird die Krise nicht lösen sondern verschärfen.

Deshalb fordert DIE LINKE

Den deutlichen Anstieg der Löhne und die Trockenlegung des Niedriglohnbereiches durch Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von 8 Euro plus, der schnell auf 10 Euro steigen soll.

Ein Sofortprogramm zur Stützung der Konjunktur von 30 Milliarden und ein Zukunftsinvestitionsprogramm von 50 Mrd. für Schulen, Hochschulen, Umwelt, Gesundheit und den Ausbau der Infrastruktur.

Zur Finanzierung fordern wir die Einführung einer Millionärssteuer, die Einführung der Vermögenssteuer und die Korrektur der verfehlten Steuerpolitik der letzten 10-15 Jahre.

Der Staat darf jetzt nicht auf die Rolle als Arzt am Krankenbett des Kapitalismus reduziert werden. Der öffentliche Sektor muss deutlich gestärkt werden. Die Wirtschaft muss demokratisch kontrollierbar gestaltet werden. Sie muss den Interessen der Menschen dienen und nicht umgekehrt.